

Betreff:

In Braunschweig fehlen Plätze in Frauenhäusern und Appartements für wohnungslose Frauen und Familien: Leerstehendes Kreiswehrrersatzamt-Gebäude kommunalisieren

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

05.06.2021

Beratungsfolge:

Ausschuss für Soziales und Gesundheit (zur Beantwortung)

17.06.2021

Status

Ö

Das ehemalige Kreiswehrrersatzamt in der Grünewaldstraße ist eine Landesimmobilie und wurde lange für einen eventuellen Umzug der Schulbehörde vorgehalten. Es ist aber seit längerer Zeit klar, dass das Kreiswehrrersatzamt für diese Zwecke zu klein ist. Die Immobilie steht dennoch leer und der Stadt bislang nicht zur Verfügung. Eine Veräußerung könnte zeitnah anstehen und wäre eine gute Investition in die soziale Infrastruktur der Stadt.

Die Kosten des Erwerbs könnten bei rund 2,5 Millionen Euro liegen.

Der Verkehrswert beträgt nach einem Gutachten aus Mai 2019 nach Auskunft des Landesliegenschaftsfonds 2,4 Mio. €.– siehe Vorlage: 19-12152-01)

Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, die leerstehende Immobilie in der Grünewaldstraße zu erwerben, herzurichten und **Teilfamilien** zur Verfügung zu stellen, **die wohnungslos** sind oder bald obdachlos werden könnten?

Welche Möglichkeiten bestehen, dieses große und gut gelegene Gebäude zum einen für Frauen, die wohnungslos sind und zum anderen für alleinerziehende **Frauen mit Kindern**, die beispielsweise in Frauenhäusern Schutz suchen müssen, zeitgemäß und menschenwürdig zu konzipieren und endlich in ausreichendem Maße entsprechende **Familien- und Frauenplätze** zur Verfügung zu stellen?

Mit welchen Kosten rechnet die Stadt, wenn dort zeitgemäße Appartements mit Küche, Bad und WC für wohnungslose Frauen und Familien angeboten werden und wie viele könnten dort geplant werden?

Sachverhalt:

Auffällig ist, dass Haushalte mit Kindern häufiger erstmalig wohnungslos sind als Haushalte ohne Kinder (71 % ggü. 48 %). Dies ist ein Indiz dafür, dass Familienwohnungslosigkeit zunimmt.

Dem aktuellen BAG W-Jahresbericht ist zu entnehmen, dass knapp 27 % der von Wohnungslosigkeit oder Wohnungsnot betroffenen Hilfesuchenden weiblich ist. Damit hat sich der Frauenanteil in den letzten 20 Jahren nahezu verdoppelt. Frauen suchen die Hilfen im Wohnungsnotfall oft frühzeitiger auf als Männer: 19 % der hilfesuchenden Frauen sind unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht oder leben in unzumutbaren Wohnverhältnisse (bei den Männern sind dies 12 %), 61 % der Frauen (77 % der Männer) sind akut wohnungslos, wenn sie im Hilfesystem ankommen.

Beim Alter der Hilfesuchenden setzte sich ein bereits in den Vorjahren beobachteter Trend fort: Die vormals größte Gruppe der 40-49-Jährigen wurde nun durch die Gruppe der 30-39-Jährigen abgelöst. Auch hier gibt es geschlechtsspezifische Unterschiede. Frauen im Hilfesystem sind durchschnittlich jünger als Männer: 21 % der Frauen sind unter 25 Jahre alt, während nur 17 % der männlichen Betroffenen dieser Altersgruppe angehören.

Quelle: BAG-W

Die sogenannte Istanbul-Konvention sieht vor, dass auf 10.000 Einwohner ein Frauen- bzw. Familienplatz kommt.

Von den 25 Plätzen ist man in Braunschweig, nach Aussage der Gleichstellungsbeauftragten Marion Lenz, noch weit entfernt.

Die Zahlen aus dem niedersächsischen Sozialministerium belegen: es besteht großer Bedarf. Insbesondere Plätze im städtischen Raum sind stark nachgefragt. Hier sei der Anteil der Migrantinnen, die Hilfe suchten, wesentlich höher als in ländlich geprägten Räumen.

Im Jahr 2018 mussten 134 Frauen abgewiesen werden. Auch aus dem Ministerium in Hannover heißt es, Sozialministerin C. Reimann sei unzufrieden mit der Situation.

Quelle: BZ am 30.10.19

Corona und die entsprechenden wirtschaftlichen Folgen lassen vermuten, dass der Bedarf in naher Zukunft eher steigt, als fällt.

Anlagen: